



bewegt

www.gruenebern.ch

ökologisch konsequent. sozial engagiert. global solidarisch



Abstimmung über den Volksvorschlag

Ja zu mehr Fairness

Diese Abstimmung müssen wir gewinnen! Der Entscheid vom 24. Februar über die Steuergesetzrevision des Grossen Rates und den Volksvorschlag ist eine wichtige Weichenstellung. Stehen die Signale auf Fairness – oder auf unsozialem Egoismus?

Die Steuergesetzrevision des Grossen Rates ist eine kompromisslose Vorlage. Deshalb haben zahlreiche Organisationen unter der Federführung der Grünen mit dem Volksvorschlag einen verantwortungsvollen Gegenvorschlag dazu formuliert. Mit dem Volksvorschlag werden die vom Grossen Rat beschlossenen Steuersenkungen nicht einfach verworfen. Sie werden vielmehr auf jenen Bereich fokussiert, wo Handlungsbedarf besteht: Familien und Leute mit mittleren Einkommen. Der Volksvorschlag weicht in folgenden Punkten von der Steuergesetzrevision des Grossen Rates ab:

■ **Höherer Kinderabzug:** Familien werden im Kanton Bern im Vergleich zu anderen Kantonen besonders hoch besteuert. Um diese Mehrbelastung zu korrigieren, bringt der Volksvorschlag eine deutlichere Erhöhung des Kinderabzuges als die Vorlage des Grossen Rates.

■ **Gezielte Senkung der Einkommenssteuer:** Der Volksvorschlag beschränkt die Senkung der Einkommenssteuer auf mittlere Einkommen. Denn genau hier steht der Kanton Bern schlecht da. Auf Steuergeschenke für Spitzenverdiener wird verzichtet.

■ **Vermögenssteuer:** Der Volksvorschlag limitiert die Vermögenssteuersenkung. Diese ist finanzpolitisch nicht zu verantworten und begünstigt vor allem Steuerpflichtige mit sehr grossen Vermögen.

Damit ermöglicht der Volksvorschlag eine substantielle Steuersenkung von 238 Mio. Franken. Er reduziert aber die Steuerausfälle der öffentlichen Hand um 51 Mio. Franken.

Nicht nochmal Schulden- und Sparwirtschaft

Ende der 1980er Jahre trieben verfehlte Steuersenkungen den Kanton Bern in die Schuldenwirtschaft. Ein grosser Teil der 11 Mia. Franken Schulden, die Bern anhäufte, sind auf diese steuerpolitischen Fehler zurückzuführen. Die Folgen waren ein massiver Abbau öffentlicher Leistungen. Ein Rückfall in diese schwarzen Zeiten muss verhindert werden. Denn ein Leistungsabbau – z.B. beim öffentlichen Verkehr oder der familienergänzenden Kinderbetreuung – würde die Standortattraktivität Berns nachhaltig beeinträchtigen.

Mitmachen bei der Kampagne

Deshalb braucht es ein Ja zum Volksvorschlag, ein Nein zur Vorlage des Grossen Rates und ein Kreuzchen beim Volksvorschlag in der Stichfrage. Zudem ist in den nächsten Wochen viel Engagement gefragt. Bitte beteiligt euch an der Abstimmungskampagne und überzeugt KollegInnen von einem JA zum Volksvorschlag. Zu diesem Zweck haben wir attraktive Abstimmungsmaterialien produziert, die ihr auf www.volksvorschlag.ch oder mit dem Talon (siehe S. 8) bestellen könnt. Vielen Dank.

Blaise Kropf, Co-Präsident Grüne Kanton Bern

Impôts équitables



En février, vous pourrez vous exprimer sur le projet populaire lancé par les Verts. Il demande des baisses d'impôts mesurées et ciblées

favorise les familles et les classes moyennes ; il renonce aux cadeaux fiscaux pour les très hauts revenus ; il évite l'accroissement de l'endettement du canton et de nouvelles baisses de prestations du service public.

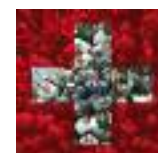
Le projet populaire, grâce à la déduction possible pour les enfants, baisse la charge fiscale des familles de manière plus importante que le projet du Grand Conseil. Il permet de dégager des moyens pour financer des propositions constructives et alternatives. Les baisses d'impôts ne doivent pas limiter les prestations, notre qualité de vie ne dépendant pas uniquement de la facture d'impôts mais bien plutôt des infrastructures (crèches, hôpitaux, transports publics).

Marie Louise Gerber,
Comité Verts du Jura bernois

Inhalt



Seite 2
Schuldenbremse Nein



Seite 3
Stimmen und Wählen integriert



Seite 5
Auf geht's in die nächste Runde



Seite 7
Weihnachtsaktionen fürs Klima

Nichtraucherschutz



Gesetze müssen den Anspruch nach Gewinn und den Nachteil unbeteiligter Personen ausgleichen. Richtet sich eine Schädigung gegen die eigene Gesundheit, soll

das Gesetz zurückhaltend sein. Sind aber Unbeteiligte betroffen, ist die Ausgangslage anders. Nichteraucherschutz gehört dazu: Hier hat die Güterabwägung den Schwächeren zu schützen.

Gesetze mit Verboten sind oft notwendig, weil sonst der Stärkere (der Chef oder die Tabakindustrie) seinen Willen gegenüber dem Schwächeren durchsetzt. Hier gilt (abgewandelt) das Diktum von Rosa Luxemburg: «Freiheit ist immer auch die Freiheit des anders Atmenden!» Im Graubünden, Tessin und in Frankreich schützt das Gesetz Angestellte und Passanten in Gaststätten sinnvoll vor den Folgen des Passivrauchens. Diese sind nicht nur eine Bagatelle, denn schon bei kurzfristiger Exposition stellen sie eine echte Bedrohung der Gesundheit dar.

Thomas Heuberger, Grossrat

† Adieu Marco

Depuis une année, tu avais pris en main, avec le comité, la destinée des Verts du Jura bernois. Tes doutes et tes joies, tu les transmettais tant durant les séances que durant le verre de l'amitié. Rien n'était simple pour toi, mais ton action politique récente était claire et motivante pour nous. Respectueux du travail des autres, conscient de tes limites dans l'investissement, tu étais un moteur pour nous tous, à l'image de la récente campagne que nous avons vécue ensemble. Tu t'es battu avec nous pour un avenir durable. Ton cœur qui a cessé de battre nous a rappelé que seule la vie peut être durable, pas les êtres qui la portent. Avec toute ta famille, nous partageons une grande tristesse. Dans beaucoup de nos actions futures, nous aurons l'occasion de penser à toi avec plaisir et garderons une image radieuse de notre président.



Kantonale Abstimmung

Schuldenbremse Nein

Um grosse Investitionen zu realisieren und in wirtschaftlichen Krisenzeiten eine prozyklische Wirtschaftspolitik zu verhindern, muss zeitweise eine angemessene Verschuldung in Kauf genommen werden. Mit einer Quote von nur 12% wird die Handlungsfähigkeit des Kantons zu stark beschnitten. Der Vorstand der Grünen Kanton Bern lehnt deshalb die Vorlage ab.

Mitte 2005 wurden zwei parlamentarische Initiativen vom Grossen Rat überwiesen, die fordern, eine Schuldenbremse für die Investitionsrechnung in der Verfassung zu verankern. Die Universität Bern arbeitete in der Folge entsprechende Studien aus.

In der Stellungnahme zu den von Prof. Leu vorgeschlagenen Varianten erklärten sich die Grünen bereit, im Interesse einer nachhaltigen Finanzpolitik über Massnahmen zur Stabilisierung und Sicherung des finanziellen Haushaltgleichgewichts zu diskutieren. Die Bruttoschuld des Kantons hat bereits seit 1998 mit der Defizitbremse (Schuldenbremse für die laufende Rechnung) kontinuierlich abgenommen. Mit dem Verkauf von Goldreserven wurde sie zusätzlich gesenkt. Ein grosser Teil der aufgelaufenen Schulden beruht auf ausserordentlichen Ereignissen (Debakel Berner Kantonalbank, Ausfinanzierung Pensionskassen, drei steuerpolitische Fehlentscheide). Diese würden auch durch eine Schuldenbremse nicht verhindert.

Die Grünen lehnten in den Beratungen das Modell des sog. Haushaltsausgleichs klar ab. Es fördert das prozyklische Verhalten, d.h. bei guten Einnahmen dürfen die Ausgaben hoch sein, in schwierigen Jahren werden die Ausgaben gekürzt. Die Krise würde damit jeweils verschärft. Das

Gegenteil sollte angestrebt werden. Die Grünen sprachen sich deshalb für das Modell Schuldenquote aus. Es verhindert mit der Festlegung einer Quote eine Überschuldung, lässt aber in Krisenjahren schuldenfinanzierte Investitionen und eine antizyklische Wirtschaftspolitik zu.

Die Schuldenquote wird im Verhältnis der Bruttoschuld zum kantonalen Volkseinkommen definiert. Noch im Jahre 2001 hat die damalige Finanzkommission auf Empfehlung von Prof. Leu in einer Motion die Verankerung einer Schuldenquote von 20% gefordert. In der zweiten Lesung des Grossen Rates konnte schlussendlich eine Quote von 12% eingebaut werden. Liegt die Verschuldung über diesem Wert, kommt die Schuldenbremse zur Anwendung. Dieser Wert ist angesichts des bereits bestehenden Investitionsrückstandes eindeutig zu tief. Auf Bundesebene hat der Wirtschaftsverband Economiesuisse zur gleichen Frage darauf hingewiesen, dass aus wachstumspolitischer Sicht eine massvolle Verschuldung für öffentliche Investitionen zulässig sei.

Der Kanton Bern muss sowohl in guten wie in schlechten Zeiten seine soziale, ökologische und ökonomische Verantwortung wahrnehmen können. Der Vorstand empfiehlt deshalb der Delegiertenversammlung, die Vorlage abzulehnen.

Christine Häsler, Fraktionspräsidentin Grossrat



Initiative «zäme läbe, zäme schtimme»

Stimmen und Wählen integriert

Im Kanton Bern dürfen die Gemeinden kein Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen einführen, weil es die Kantonsverfassung verbietet. Viele Städte wie Bern, Biel und Moutier verlangen seit Jahren die Einführung eines solchen Stimm- und Wahlrechts auf Gemeindeebene. Eine Initiative unterstützt nun diese Forderung.

Im Grossrat des Kantons Bern wurden in den vergangenen drei Jahren zwei Vorstösse für politische Rechte für AusländerInnen knapp abgelehnt. Mit einer Initiative möchte ein von verschiedenen Organisationen und politischen Parteien zusammen gesetztes Komitee mit einer Verfassungsänderung die Autonomie der Gemeinden stärken, indem ihnen überlassen wird, ob sie das Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen einführen wollen. Die Initiative wurde am 11. Januar 2008 lanciert, bis am 11. Juli müssen 15'000 gültige Unterschriften gesammelt werden. Die Grünen Kanton Bern haben die Initiative mitlanciert und sind in der Steuerungsgruppe vertreten.

Nicht nur Steuern zahlen

Die Initiative fordert die Möglichkeit zur Einführung des kommunalen Stimm- und Wahlrechtes für AusländerInnen, eine der wichtigsten demokratiepolitischen Anliegen. Es ist nicht vertretbar, dass ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung von den kommunalen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen bleibt. Ohne dieses Recht dürfen AusländerInnen nicht einmal in die Schulkommission gewählt werden. Personen, die seit mindestens zehn Jahren in der Schweiz, seit fünf Jahre im Kanton Bern und seit drei Monaten in der gleichen Einwohnergemeinde wohnen, sollen bei den politischen Prozessen mitwirken können. Sie leben hier, sind ein Teil unserer Gesellschaft, sie gestalten dieses Land mit und in jedem Quadratmeter Strasse steckt ihr Schweiß. Sie bezahlen Steuern und sollen das Recht haben, darüber zu bestimmen, wie ihre Steuergelder investiert werden. Viele Kantone kennen das Stimm- und



Wahlrecht für AusländerInnen auf kommunaler, einige (Neuenburg, Jura) sogar auf kantonaler Ebene.

Partizipation bedeutet Integration

Der Umgang eines Landes mit seiner ausländischen Bevölkerung sagt viel darüber aus, wie ernst es dem Land mit der Demokratie ist. Mit ihrer dezentralen Struktur und ausgeprägten Gemeindeautonomie kann die Schweiz mit dem Stimm- und Wahlrecht viel zur Integration von AusländerInnen beitragen.

Die Partizipation an den politischen Prozessen bedeutet Integration durch das Wahrnehmen von politischen Rechten. Die Gewährung von Stimm- und Wahlrecht kann Diskriminierungen einen Riegel schieben und stärkt das Zugehörigkeitsgefühl. Es steht ausser Diskussion: Wer mitbestimmen kann, fühlt mehr Verantwortung für das Gemeinwesen. Wir leben zusammen, gestalten zusammen und sollten auch zusammen mit (be-)stimmen.

*Hasim Sançar, Stadtrat Bern,
Marianne Morgenthaler, Grossrätin*

Elections communales biennoises 2008: suspens garanti

En 2004, lors des dernières élections communales, les Verts et le PS avaient déposé une liste commune pour les élections au Conseil Municipal (exécutif) et avaient remporté haut la main ces élections, décrochant 2 sièges au Conseil Municipal permanent. Le 2ème siège avait été remporté par le socialiste sortant, P-Y Moeschler, qui ne devançait la verte Barbara Schwickert que de 38 voix ! Au vu de la croissance des Verts de ces dernières années, le PS biennois a, cette année, refusé de courir le risque que son candidat sortant soit dépassé par Barbara Schwickert. C'est la raison

principale pour laquelle le camp rose-vert a décidé de partir à la conquête de la majorité au Conseil municipal avec deux listes séparées. Cette situation n'est pas déplaisante pour nous, car elle permettra aux Verts de mener une campagne propre, active, mettant en avant nos solutions spécifiques en matière d'urbanisme, de développement de la mobilité douce ou encore d'intégration sociale. De plus, alors que la seule femme siégeant actuellement au Conseil Municipal se retirera après avoir atteint la limite de la durée de fonction, les Verts sont le seul parti bien-

nois à pouvoir présenter, avec Barbara Schwickert, une candidature féminine crédible, expérimentée et ayant de réelles chances d'être élues. Ces prochaines élections s'annoncent d'autant plus ouvertes que le Parti de la liberté est en perte de vitesse, n'ayant recueilli que 2% à Bienne aux dernières élections nationales, contre 20% en 2004 aux élections communales. Sentant le vent tourner, le Directeur de la police, Jürg Scherrer (critiqué jusque dans les rangs de son propre parti pour ses propos xénophobes répétés) a décidé de ne

pas se présenter pour un nouveau mandat. Même s'il apparaît probable que son parti s'allie à l'UDC, ses chances de conserver un siège apparaissent tenues. Compte-tenu de la division des listes à gauche comme à droite, le résultat des élections risque fort dès lors d'être très serré, mais la campagne passionnante, puisque pour la première fois de leur histoire les Verts pourraient remporter un siège au Conseil Municipal permanent.
*François Contini,
Conseiller Municipal non permanent*

Les Verts Jura bernois

Des rives aux cretes

C'est en 1985, pour préparer le renouvellement du Conseil Exécutif du canton de Berne en 1986, que la Liste Libre fait son apparition dans le Jura bernois. M. Benjamin Hoffstetter avait alors été élu, profitant du scandale financier dans le canton et d'une candidate très contestée dans le Jura bernois. Ce politicien n'avait hélas pas tellement pu se profiler et son passage au gouvernement avait duré le temps d'une législature. Après 1990, la Liste Libre régionale s'essouffle et seul Yves Leuzinger, associé au groupe Débat, représente les Verts au niveau d'un exécutif communal. En 2005, Les Verts de Tramelan sont bien représentés au sein de Débat. En 2005, les Verts du canton de Berne stimulent une réunion afin de créer un groupe régional pour les prochaines élections dans le but de soutenir la candidature de Bernard Pulver.

En mai 2005, réunies à Tramelan, une vingtaine de personnes décide la création d'un nouveau parti. Le parti, tout d'abord autonome, sera affilié à la fédération des Verts du Canton de Berne après la

fusion des deux groupes cantonaux. Il coordonne depuis lors les activités de tout type dans la partie francophone du canton.

Résultats très encourageants

A l'automne 2005, neuf personnes se présenteront sur la liste « Verts Jura bernois » pour les élections au Grand Conseil bernois. En tête de liste, Yves Leuzinger, biologiste, à Tramelan est cumulé. Les résultats sont très encourageants: les suffrages obtenus avoisinent les 10 %, Yves est élu député et Bernhard Pulver, souvent présent à nos côtés et ardemment soutenu chez nous, siègera au Conseil exécutif.

Le comité s'organise petit à petit, les séances se succèdent. Le travail ne manque pas: rédaction d'articles à l'occasion de votations cantonales, préparation de conférences de presse, suivi du travail de notre député, contacts divers. Après une première année, nous nous mettons un jour au vert pour un petit nettoyage de printemps ! Il est décidé que cette pratique sera maintenue

chaque année car il nous paraît important de garder un oeil critique sur nos pratiques et nos activités.

Plus de 15 % dans certaines communes

Avant les vacances d'été, nous nous empressons de récolter des signatures pour le Projet populaire «Pour des baisses d'impôts mesurées et ciblées» et «Pour un climat sain». C'est à la même période que nous décidons de présenter un candidat pour les élections au Conseil National. Aldo Dalla Piazza, recteur du gymnase français de Bienne, acceptera d'être candidat à condition de ne pas être tête de liste. Sa décision nous réjouit car Aldo est un homme de coeur, cohérent et plein de compétences. Le soir du 21 octobre 2007, nous partageons la joie des Verts du canton d'avoir encore progressé. Aldo fait un score remarquable, supérieur à de nombreux candidats régionaux. Notre région a un taux de votes Verts très élevé avec parfois plus de 15 % dans certaines communes. Un résultat intéressant pour les prochaines échéances.

Pierre Amstutz



Facts and figures

Une équipe, des idées, des actes

Carte d'identité:

Création: 2005
90 membres et sympathisants
Co-présidence:
Olivier Gerber, Marco Vaucher V
Comité:
Marie-Louise Bangerter-Gerber,
Pierre Amstutz, Yves Leuzinger
Député au Grand Conseil:
Yves Leuzinger
Conseils communaux:
Maurice Wisard (Monible), Schenk
Margaret (Renan), Mathieu Chaignat
(Tramelan)
Conseil général:
Loranne Leuzinger, François Roquier,
Laure Amstutz, Olivier Gerber,
Yves Leuzinger (Tramelan)
Contact: verts-jb@bluewin.ch

Projets particuliers

Promouvoir une présence des Verts lors des votations communales 2008 – Créer un site internet – Encourager des collectivités publiques à économiser l'énergie et à utiliser l'énergie solaire – Contacter le PSJB et le PSA si ces deux partis font alliance.

A méditer

« L'Autriche produit cent fois plus de courant éolien que nous, est-ce lié au fait que ce pays est situé au bord de la mer ? et le fait que l'Allemagne installe en un après-midi autant de capteurs solaires que la Suisse en une année est-il dû à un meilleur ensoleillement ? »
(Ruedi Rechsteiner 8.9.07)



Daten: Amt für Geoinformation des Kantons Bern

Gemeindewahlen 2008

Auf geht's in die nächsten Runden

Nach den nationalen Wahlen im vergangenen Jahr ist für die meisten Gemeinden keine grosse Verschnaufpause angesagt. 2008 finden zahlreiche kommunale Wahlen statt. Jetzt gilt es, Ideen zu sammeln, Neumitglieder zu werben, internen Aufbau und Professionalisierung zu fördern.

«Nach den Wahlen ist vor den Wahlen» trifft für mehrere Gemeinden im Kanton zu. In Belp, Bern, Biel, Heimberg, Kehrsatz, Langenthal, Ostermundigen, Spiez, Worb, Zollikofen und je nach Ausgang der Abstimmung zur Verkleinerung des Gemeinderates auch in Burgdorf, stehen im Herbst 2008 Gemeindewahlen an.

Wer erfolgreich sein will, muss Themen (be-)setzen. Dafür braucht es fundierte Analysen der politischen und sozialen Verhältnisse, ein gutes Gespür für die Bedürfnisse und Anliegen der Bevölkerung und ein gewisses Fingerspitzengefühl für das politisch Machbare. Schliesslich müssen die Themen überzeugend, glaubwürdig und verständlich vermittelt werden.

Gelegenheiten zum Auftritt schaffen

Damit die Grünen als Partei wahrgenommen werden, braucht es Kontinuität im öffentlichen Auftritt. Da unsere Budgets in der Regel bescheiden sind, können wir öffentliche Präsenz nicht durch Plakate und Inserate gewährleisten. Es gilt, Gelegenheiten zu schaffen und wahrzunehmen, um auf unsere Themen aufmerksam zu machen: Steht auf die Strasse und macht eure Projekte bekannt. Verteilt Flyer und schreibt LeserInnenbriefe. Organisiert euch selber Auftrittsmöglichkeiten – eine Aktion auf dem Markt oder eine Veranstaltung.

Eine Partei lebt von Personen, welche grüne Ideen bearbeiten und motiviert sind, aktiv bei deren Verbreitung zu helfen. Mitglieder und SympathisantInnen müssen stetig einbezogen werden, denn diese Personen sind gleichzeitig potenzielle KandidatInnen für die grünen Listen. Lanciert konkrete Projekte. Durch sie können Kontakte geknüpft und verbindliche Beziehungen aufgebaut werden. Fördert in den Regional- und Ortsparteien den jungen Nachwuchs. Gebt ihm eine Plattform, um erste Schritte in der Politik zu wagen und Erfahrungen zu sammeln.

Gute Idee: Grüne Grüsse per Post

Die Grünen Biel haben letzten Herbst ihren Wähleranteil um satte 5% gesteigert. Darum stehen sie hoch motiviert in den Startlöchern für die Wahlen vom 28. September. Die Vorbereitungen laufen bereits. So zieren in letzter Zeit bekannte grüne Köpfe Kuverts, die auf der Poststelle in Biel und Umgebung abgegeben werden. Barbara Schwickert modelt auf einer A-Post-Marke und François Contini lacht auf einem B-Post-Wertpapier. Diese gelungene Werbeidee ist zur Nachahmung empfohlen. Informationen liefert Christoph Grupp: info@ecomm.ch oder 032 341 11 45
Sabine Zaugg, Geschäftsleiterin Grüne Kanton Bern



LokalSpots

■ Widerstand gegen Einbürgerungskriterien

In Nidau werden SozialhilfebezügerInnen nicht eingebürgert. Daran ändern auch eine Interpellation und eine aufsichtsrechtliche Anzeige der Grünen (vorerst?) nichts. Die Nidauer Einbürgerungskriterien sorgten schweizweit für Aufsehen, besonders der Entscheid, SozialhilfebezügerInnen nicht einzubürgern. In seiner Antwort auf eine Interpellation der Grünen bekräftigte der Gemeinderat, diesen Entscheid ohne Ausnahmen umzusetzen.

Nach Ansicht der Grünen Nidau ist dies diskriminierend, denn nicht einmal bei Härtefällen wie Alleinerziehenden und Working Poor sind Ausnahmen vorgesehen. Die Nidauer Einbürgerungskriterien widersprechen weiter der kantonalen Wegleitung, nach der fehlendes Einkommen allein keinen Abweisungsgrund darstellen darf.

Die Grünen reichten beim Regierungsstatthalter eine aufsichtsrechtliche Anzeige ein – jedoch erfolglos. Dieser hielt fest, dass keine Diskriminierung vorliege, da jede(r) ein Gesuch stellen dürfe. Er liess aber durchblicken, dass allfällige Rekurse von SozialhilfebezügerInnen durchaus Erfolgchancen hätten.

Die Grünen Nidau hoffen, erreicht zu haben, dass der Entscheid mit Augenmass umgesetzt wird. Sie werden die Thematik auf jeden Fall weiterverfolgen und sich ebenfalls mit den obligatorisch erklärten Einbürgerungskursen befassen.

■ In Zukunft ein autofreier Bahnhofplatz?

Das von vielen vorausgesagte Verkehrschaos während des Umbaus des Bahnhofplatzes ist ausgeblieben. Rund ein Drittel fährt neu über die Westtangente (Strassenverbindung durch das Bahnhofparking), ein weiteres Drittel über die Autobahn, und der Rest wählt den Weg durch die Quartiere. Dort weisen einige Strassen tatsächlich mehr Verkehr auf, andere aber wurden entlastet. Wegen der geringeren Strassenkapazität hat der Verkehr jedoch gesamthaft abgenommen. Wie geplant wird am 31. Mai 2008 der Platz für 150'000 FussgängerInnen und 20'000 Autos freigegeben. Aber ein vom Durchgangsverkehr befreiter Bahnhofplatz rückt näher. Die Bevölkerung hat Gefallen gefunden am autofreien Raum. Gemeinsam mit Bündnispartnern sowie Umwelt- und Verkehrsorganisationen wird nun intensiv an einer Initiative für einen autofreien Bahnhofplatz gearbeitet. Es dürfen jedoch keinesfalls unterirdische Kapazitäten wie der Schanzentunnel geschaffen werden und die Umsetzung soll möglichst kostengünstig sein. Besonders wichtig ist, dass Wohnquartiere nicht durch Ausweichverkehr belastet werden. 2009 wird mit dem Neufeldtunnel ein direkter Autobahnzugang in die Stadt eröffnet und parallel dazu das Länggassquartier verkehrsberuhigt. Das schafft neue Möglichkeiten, eine Sperre des Bahnhofplatzes quartierverträglich auszugestalten. Diese Chance muss genutzt werden.

Klima-Politik



Global denken, lokal handeln!

Der Klimawandel ist nur global zu lösen, hört man immer wieder vor allem aus Kreisen von Leuten, die gern glauben möchten, die Veränderungen des Klimas könnten ohne Veränderung der Lebensweise des einzelnen gestoppt werden. Weil eine CO₂-Abgabe nicht global eingeführt wird, lässt man es dann bleiben. Dieser Bequemlichkeit setzt die GFL die schon früher erwähnte Klima-Motion «Klima Bern 2020» entgegen, die im November 2007 eingereicht wurde. Gemäss unserer Maxime «global denken, lokal handeln» sucht die GFL nach Ansätzen, die es der Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten erlauben, den CO₂-Austoss zu reduzieren. Neu ist dabei der ganzheitliche Ansatz. Die Motion schlägt nicht einzelne Massnahmen vor. Sie möchte den Klimaschutz als Legislatur-schwerpunkt verankern. Er soll bei jedem politischen Thema präsent sein. Mit der Motion kann nicht das Weltklima gerettet werden. Wenn aber jede Stadt, jede Gemeinde ihren Teil im Kleinen beiträgt, hat das im Gesamten eine grosse Wirkung. Darauf setzen wir als Klima-Partei. Lesen Sie die Klima-Motion auf www.gfl-bern.ch im Wortlaut.

Manuel C. Widmer, GFL-Präsident



Ab Januar 2008 ersetzt Daniela Lutz die zurückgetretene Stadträtin Gabriela Bader in der GFL-Fraktion. Gabriela sass seit 2004 für die GFL im Stadtrat und machte sich vor allem als Umweltpolitikerin einen Namen. Die GFL dankt Gabriela für alle geleisteten Arbeiten und wünscht ihr weiterhin alles Gute und viel Erfolg.

Die Nachfolgerin stellt sich selber vor: «Ich bin bemüht, meine Aufgaben als Ehefrau, Mutter von vier Kindern und als Ärztin für

Psychiatrie in eigener Praxis miteinander in Einklang zu bringen. Seit acht Jahren bin ich in der Schulkommission. Ich arbeite mit im Vorstand des Berner Bündnis gegen Depressionen und habe mich in den letzten Jahren besonders der Alterspsychiatrie gewidmet. Grüne Politik heisst für mich, den Reichtum unserer Erde zum Nutzen aller Lebewesen heute und in Zukunft zu verwalten und zu schützen.»

Daniela Lutz

Quartiermitwirkung in der Stadt

Meinung mit Wirkung

Grünes Bündnis



Geistiges Littering



Verlort die Bahnhofunterführung, fragt man: Wieso baut Bern nicht? Baut Bern, beklagt man Dreck, Lärm und Umwege.

Bern-Bashing ist ein uraltes Phänomen. Es wird in der Regel von Zürcher Medien initiiert und geißelt Bern als langweilige, dreckige oder zugepollerte Stadt. Neu war im Vorwahljahr 2007, dass die Berner Medien nicht postwendend den ZH-Schurnis die Kappe wuschen. Im Gegenteil: Sie nahmen die Bälle auf und pfefferten sie ins eigene Publikum. Der «Berner Bär» versteht sich zunehmend als Brückenkopf der Zürcher Basher und trägt die Anti-RGM-Kampagnen in die Espace Media Groupe. Bei Bund und BZ, in den totgesparten Redaktionen, freut man sich: Mit so wenig Aufwand schafft man selten seitenfüllende Aufreger. Regula Rytz als Poller-Hexe, Jimmy Hofer als Heilsbringer – das erspart mühsame Analysen. Wehren wir uns gegen dieses geistige Littering!

Urs Frieden, Stadtrat GB

Während im Kanton am 1. Januar 2008 der rechtliche Rahmen für eine regionale Entscheidungsstruktur in Kraft getreten ist, besteht in der Stadt Bern seit 2004 ein Reglement, das einen Teil der kommunalen Meinungsbildungsprozesse und Entscheidungskompetenzen auf die Quartierebene delegiert. Lässt sich aus der Quartierorganisation etwas für die Regionalkonferenz lernen?

Für regionale Aufgaben sind effiziente Entscheidungsstrukturen erforderlich. Der Kanton hat dazu mit den Regionalkonferenzen ein Gefäss geschaffen. In den kommenden Jahren werden die Gemeinden entscheiden, ob es in ihrer Region eine solche Konferenz geben soll. In der Stadt Bern wurde 2004 eine politische Mitwirkungsebene geschaffen, das sich für quartierspezifische Fragen engagiert: Die Quartierorganisationen. Voraussetzung für die Anerkennung als Quartierorganisationen ist, dass die vertretenen Parteien in den letzten Stadtratswahlen mehr als 60% der Stimmen auf sich vereinen. Im Breitenrain-/ Lorrainequartier mit einer Wohnbevölkerung von 24'000 Personen ist dies der DIALOG Nordquartier.

Entwicklung im Wankdorf beeinflussen

Der DIALOG verfügt über ein bescheidenes Budget der Stadt, das ein Sekretariat und Infoveranstaltungen ermöglicht. Wir schlagen Projekte vor, z.B. die Ergänzung der Liegweise beim

Lorrainebad, die mit dem Stadtrats-Kredit für die Wohnumfeldverbesserung finanziert werden. In Planungsfragen (Verkehrsplanung, Umzonungen, Freiraumgestaltung), die das Quartier betreffen, ist die Stadtverwaltung verpflichtet, den DIALOG zu informieren und anzuhören. Unsere Meinung hat durchaus Wirkung: Durch die Mitarbeit in verschiedenen Arbeitsgruppen beeinflusst der DIALOG die Entwicklung im Wankdorf u.a. mit dem Ziel, das Parkierungskonzept bei Veranstaltungen so zu gestalten, dass die Wohnbevölkerung besser vor dem Autoverkehr geschützt wird. Gerade Themen wie der Verkehr im Entwicklungsschwerpunkt Wankdorf betreffen aber nicht nur Bern und das Nordquartier, sondern auch Nachbargemeinden und die Region. Auch auf regionaler Ebene muss daher sichergestellt werden, dass die Anliegen der ganzen Bevölkerung in die Diskussion einfließen.

Hannes Meuli, Vertreter des GB im DIALOG Nordquartier



junge grüne bern

Weihnachtsaktionen fürs Klima

Auch nach den Nationalratswahlen gibt es weiterhin keine Flaute bei den jungen grünen bern. Sie wachsen stetig und haben die Weihnachtszeit für ihre Politik genutzt. Zwei Aktionen sollen hier hervorgehoben werden.

Grüner Samichlous

Der junge grüne Samichlous transportierte die Klimakonferenz von Bali in die Schweiz und übergab den bösen Parlamentarinnen und Parlamentariern die Klimarute. Am 8. Dezember haben die jungen grünen mit Mitgliedern der Grünen Nationalratsfraktion auf dem Bundesplatz den

«guten» ParlamentarierInnen Öpfu, Nuss u Bire verteilt. Für die «Bösen» gabs eine Klimarute. Auch Pascal Couchepin musste eine Rute einstecken, welche er sichtlich erfreut entgegen nahm. Ob das so die richtige Reaktion darauf ist?

Päckliverteilen

Weihnachtsstress hin oder her – es gibt auch klimafreundliche Geschenkideen. Die jungen grünen haben im Rahmen des Klima-Adventskalenders des Klima Commitment Vereins in den Gassen von Bern Päckli verteilt. Über 600 kleine Schächteli mit klimafreundlichen Geschenkideen

und Schöggeli drin wurden an Passantinnen und Passanten verschenkt. Die Freude über die kleine Weihnachtsüberraschung war für viele Bernerinnen und Berner gross. Hier ein paar Kostproben von Geschenktipp (zum Abgewöhnen oder Vormerken für die nächste Bescherung):

- Vortritt lassen beim Strasse überqueren, Galanterien verbessern die Laune
- Einmal Brillenputzen für mehr Klarsicht
- Sexy Schubändel, damit kann man Schuhe locker eine Saison länger tragen
- Stromschaltbahn, für getrostes Abschalten
- 50 kWh Ökostrom

Die jungen grünen sind gewachsen und auf der Strasse präsent. Ob mit oben genannten Aktionen oder jeden Samstag beim Unterschriftensammeln – das kleine junge grüne Rädchen im System dreht sich.

Aline Trede, junge grüne

Termine

- 01.03.08: Anmeldefrist zum Wahltraining für Frauen. Mehr Infos zum überparteilichen Wahltraining für Frauen im Hinblick auf die Grossratswahlen 2010 unter www.be.ch/gleichstellung oder 031 633 75 77
- 08.03.08: Start der Kampagne Euro 08 gegen Frauenhandel. Lancierung einer Petition mit Aktionen in den Austragungsorten Basel, Bern, Zürich und Genf.
- 18.03.08: Vorankündigung des Workshops für die Mitglieder der Grünen Kanton Bern zum Thema Integration. 17.30 Uhr, BollWerkStatt, Bildungszentrum WWF, Bollwerk 35, Bern. Es referieren Alberto Achermann, Lehrbeauftragter für Völkerrecht an der Universität Freiburg und Pascale Steiner von der Eidg. Kommission für Ausländerfragen (angefragt). Infos folgen.
- 13.05.08: Öffentliche Mitgliederversammlung Grüne Zollikofen, 20 Uhr, Restaurant Kreuz, Zollikofen.



Aktiv

■ Helft Flyer verteilen!

Am 24. Februar wird im Kanton Bern über die Steuergesetzrevision des Grossen Rates und über den Volksvorschlag abgestimmt. Für die Unterschriftensammlung haben wir Grünen viel Energie aufgewendet. Nun gilt es, die letzte Meile zu meistern und eine erfolgreiche Abstimmungskampagne zu führen. Das Material steht bereit. Wir suchen HelferInnen im ganzen Kanton, die attraktive Portemonnaie-Flyer verteilen und in Briefkasten stecken. Bitte meldet euch: 031 311 87 01 oder sekretariat@gruenebern.ch

■ Seeländer Umweltpreis

Zum fünfjährigen Jubiläum wählten die Grünen Seeland fünf PreisträgerInnen aus. Sie stehen symbolisch für viele andere engagierte SeeländerInnen. Annina Schütz leitet die Jugendnaturschutzgruppe Lyss/Aarberg. Heini Stucki setzt sich ein für das Grosse Moos. Rolf Hunziker hat das alte Kleinkraftwerk am Twannbach trotz Hemmnissen wieder in Betrieb genommen. Matthias Holenweg aus Büren fährt seit Jahren mit dem Fahrrad nach Biberist. Peter Schütz pflegt am Frienisberg ein 300-jähriges Taunerhaus. Gratulation und vielen Dank!



Impressum

Redaktion: Sabine Zaugg, Monika Hächler

Grafik: www.muellerluetolf.ch, www.transform.ch

Layout: TransForm

Druck: Schläfli & Maurer AG, Interlaken

Auflage: 6000

Redaktionsschluss Nr. 7: 4. April 2008

Grüne Fraktion im Nationalrat

Ausblick auf die neue Legislatur

Grüne Themen sind Trumpf und sollen es auch in Zukunft bleiben. Dafür setzt sich die auf 24 Köpfe angewachsene Fraktion ein.



Ökologische Katastrophen haben die Öffentlichkeit sensibilisiert und geholfen, eine breite Debatte zu lancieren. Ein Höhepunkt war die Veröffentlichung der Resultate des Weltklimarates. Die Berichte sind zusammen mit jenen der UNO-Entwicklungsbehörde für uns Grünen zentral, betonen doch beide, dass die Klimapolitik eine soziale Dimension beinhaltet: Klimapolitik als Kampf gegen die Armut. Uns Grünen ist es in der letzten Legislatur gelungen, das Umfeld dieser ökologischen Bewegung und Befindlichkeit zu nutzen.

Wir können davon ausgehen, dass die Klimafrage weiterhin eine grosse Bedeutung in der Tagespolitik und der Öffentlichkeit haben wird. Ob sie in vier Jahren denselben Stellenwert hat, kann niemand voraussagen. Sicher ist, dass künftig soziale Fragen auf der politischen Bühne an Bedeutung gewinnen und wir uns gut darauf vorbereiten müssen (Steuerfragen, IV- und ALV-Sanierung u.a.). Es könnte deshalb für die Grünen zentral sein, jetzt, zu Beginn der neuen Legislatur, ein eigenes (Initiativ-)Projekt vorzubereiten, das ökologisches und soziales Wirtschaften zum Gegenstand hat.

Das rot-grüne Bündnis bleibt

Der Wahlgewinn der Grünen zu Lasten der SP wird den Wettbewerb innerhalb von linksgrün zunächst verstärken. Die ersten Anzeichen hatten wir in einem für die Öffentlichkeit nicht zu vermittelnden Streit um das NR-Vizepräsidium und um die Anzahl Kommissionssitze. Um unseren zentralen Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen, werden wir aber trotz allem primär mit der SP zusammenarbeiten müssen, um gemeinsam die CVP-Fraktion (mit EVP und GLP) zu Kompromissen zu bewegen.

Befragungen und unsere Mitglieder bestätigen uns: Wir werden vor allem von Frauen gewählt. Die Grünen sollten deshalb immer auch an den für die Öffentlichkeit sichtbaren Stellen von Frauen (mit-) geprägt sein. Es stimmt zuversichtlich, dass unsere Fraktion zur Hälfte aus Frauen besteht.

Therese Frösch, Fraktionspräsidentin

Steiler Start

Die Grüne Bundeshausfraktion ist mit den Wahlen von 14 auf stattliche 24 Mitglieder angewachsen und neu auch im Ständerat vertreten. Entgegen anderslautenden Medien-

berichten ist die Stimmung in der politisch neu breiteren Fraktion bisher ungetrübt. Die erste Session wurde durch die Abwahl von Bundesrat Blocher geprägt. Erstaunlich ist, dass die Medien diese Abwahl nicht antizipiert haben. Die Grüne Fraktion hat von Anfang an eine Alternative zu Blocher angestrebt und dafür mit Luc Recordon das Eis gebrochen. Nachdem es die SVP konsequent verpasst hat, selber eine Ersatzlösung für Blocher ins Spiel zu bringen, fiel die Wahl auf Widmer-Schlumpf. Wir haben nun einen neuen Bundesrat, der sich in seinen politischen Positionen nicht wesentlich vom bisherigen Bundesrat unterscheidet, hingegen seine Führungsfunktionen wieder besser wahrnehmen wird. Wir Grünen haben das Terrain für eine Vertretung im Bundesrat geebnet. Wort des Jahres und Lachnummer im Bundeshaus ist die «neue Oppositionspolitik» der desparaten SVP.

Alec v. Graffenried, Nationalrat

bewegt

AZB, 3000 Bern 1

Grüne Kanton Bern
Waisenhausplatz 21
3011 Bern
Adressänderungen
bitte nicht melden

Schickt mir Flyer für den Volksvorschlag

Stück

E-mail

Sendet mir Infomaterial
 Ich möchte Mitglied werden

Unterschrift

Abstimmungsparolen 24. Februar**■ National**

JA zur Volksinitiative gegen Kampffjetlärm in Tourismusgebieten, NEIN zur Unternehmenssteuerreform.

■ Kantonal

Steuergesetzrevision: JA zum Volksvorschlag, NEIN zur Grossratsvorlage;
Volksvorschlag in der Stichfrage. Nein zur Einführung einer Schuldenbremse.

■ Stadt Bern

GB und GFL der Stadt Bern sagen JA zum neuen Infrastrukturstandort
Forsthaus West und zum Zonenplan Ausserholligen III.

■ Köniz

Die Grünen Köniz sagen NEIN zum Gemeinderatsmodell «5 x 80» und
JA zum Gegenvorschlag der Kronprinzeninitiative.

Delegierte Grüne Schweiz gesucht

An der DV vom 26. April werden die Delegierten der Grünen Schweiz neu gewählt. Die Grünen Kanton Bern haben neu 26 Sitze zugute. Wer hat Lust und Interesse, die grüne Politik auf nationaler Ebene zu diskutieren und mitzuprägen? Bitte meldet euer Interesse bei den PräsidentInnen eurer Regional- oder Ortspartei oder auf der Geschäftsstelle: sekretariat@gruenebern.ch.